

Liebe Genoss:innen der Themeninitiative Vorwärts Europa der SPÖ Wien,

vielen Dank für eure Fragen und die Möglichkeit, meine Schwerpunkte und Ideen mit euch zu teilen. Ich beobachte eure Diskussionsveranstaltungen und Aktivitäten als Themeninitiative mit großem Interesse und danke euch für eure Arbeit. Ihr treibt die inhaltliche Diskussion in der Partei voran – ein Umstand, der uns als gesamte Bewegung stärkt. Unsere sozialdemokratische Europa-Fraktion hat schon viel erreicht – aber die Herausforderungen auf europäischer Ebene sind groß: rechtskonservative, rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte erstarben. Die Europäische Union muss eine soziale Union werden, ein demokratisches Europa, das über die Werkzeuge für den notwendigen sozialen und ökologischen Wandel verfügt.

Das erreichen wir, wenn wir Druck von unten machen und die Solidarität der europäischen Bevölkerung organisieren. Bitte versteht meine Antworten als einen Diskussionsbeitrag innerhalb der Partei. Progressive Europapolitik können wir nur gemeinsam und von unten umsetzen.

Freundschaft
Andreas Babler

Frage 1: Demokratisierung: Welche strukturellen Reformen würden die EU demokratischer und handlungsfähiger machen? (max. 3 Ansätze)

1. Eine europäische Wirtschaftspolitik, die allen verpflichtet ist. Das bedeutet, nicht den Markt sich selbst zu überlassen, sondern aktiv einzugreifen: um Standorte zu sichern und auszubauen, staatliche Investitionen in europäische Zukunftsindustrien zu steigern, und gleichzeitig durch eine EU-weite Koordinierung der Lohnpolitik in allen europäischen Staaten die Löhne zu erhöhen und die Sozialpartnerschaft zu stärken.

Vertrauen in die EU setzt auch voraus, dass nicht länger durch falsch verstandene Wettbewerbspolitik Privatisierungsdruck auf die für die Menschen so wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge ausgeübt wird. Wer die Versorgungssicherheit der Menschen ins Zentrum stellt, wird das Vertrauen in die EU stärken - und damit die Beteiligung an der Politik.

2. Um die Handlungsfähigkeit zu erhöhen, braucht es zwei Ansätze: einerseits Konzentration auf jene Themen, die nur auf europäischer Ebene sinnvoll gelöst werden können (zum Beispiel Lieferkettengesetz, Kampf gegen Steuerhinterziehung etc.) und das Forcieren von Mehrheitsentscheidungen, um von Blockadehaltungen einzelner Mitgliedsstaaten nicht abhängig zu sein.

Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat hilft, europäische Entscheidungen zu treffen - denn es wird immer einzelne Mitgliedsstaaten geben, die Entscheidungen blockieren. Doch um ein demokratisches Europa zu bauen, das die notwendige soziale und ökologische Wende einläutet, können wir nicht auf den Rat hoffen. Auch auf europäischer Ebene setze ich auf den Druck von unten und die Solidarität der europäischen Bevölkerung.

Frage 2: Klimapolitik: Durch welche Maßnahmen erreichen wir schnellstmöglich eine soziale, gerechte und wirksame Klimapolitik auf europäischer Ebene? (max. 3 Maßnahmen)

Die Erderhitzung ist die drängende Herausforderung unserer Zeit – wir müssen sie auf allen Ebenen mit größtem Einsatz bekämpfen. Aber wir müssen uns auch vor Augen halten: Sie ist eine zutiefst soziale Frage.

Die Europäische Union hat sich mit dem Green Deal weitreichende klimapolitische Ziele gesetzt. Er setzt stark darauf, dass wir die Erderhitzung insbesondere mit neuen Technologien bekämpfen und nicht mit einer sozialökologischen Transformation. Zusätzlich bleibt unklar, wie die dafür notwendigen Investitionen bewerkstelligt werden sollen. Ohne Geld in die Hand zu nehmen, schaffen wir keine sozial gerechte Wende: Um die Pariser Klimaziele einzuhalten, braucht es Schätzungen zufolge in der gesamten EU allein für erneuerbare Energien, die thermische und energetische Sanierung von Gebäuden u. a. zusätzliche jährliche Investitionen von rund 855 Milliarden Euro.

Große und mutige öffentliche Investitionen werden aber aufgrund der restriktiven Fiskalregeln auf der Ebene der EU erschwert. Daher darf der soziale und ökologische Umbau nicht länger von Vorgaben wie den Maastricht-Kriterien oder dem Fiskalpakt gebremst werden. Auf europäischer Ebene sind auch mittel- bis langfristig mehr Mittel aufzubringen und zur Verfügung zu stellen, die zu einer effektiven wirtschaftspolitischen Steuerung beitragen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt stärken. Daher setze ich mich für eine Veränderung im Bereich der

fiskalpolitischen Einengung ein – und für eine europäische Finanztransaktionssteuer als Teil eines sozialökologisch gerechten Steuerpakets auf europäischer Ebene. Die Idee der CO₂-Grenzausgleichssteuer und das Lieferkettengesetz, die auch Standards beim Klimaschutz abbilden sollen, stellen zwei weitere konkrete kraftvolle Instrumente dar.

Mit den aufgebrauchten Mitteln und mutigen Investitionen könnte etwa ein rascher Ausbau des Bahnnetzes in der EU vorgebracht werden, der die europäischen Hauptstädte rascher und besser miteinander verbindet. Das wäre ein entscheidender Beitrag für den Ersatz von Kurz- und Mittelstreckenflügen. Damit verbunden müsste die steuerliche Privilegierung des Flugverkehrs gegenüber dem landgebundenen öffentlichen Verkehr endlich auf europäischer Ebene beendet werden. Auch ist nicht hinzunehmen, dass Superreiche mit ihrem Luxuskonsum um ein Vielfaches mehr Emissionen als die Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen verursachen. Daher mache ich mich für ein Verbot von Privatjets auf EU-Ebene stark. Ohne Belastungen für das öffentliche Budget könnten damit rasch Emissionen sozial äußerst treffsicher eingespart werden.

Frage 3: Außen- & Sicherheitspolitik: Derzeit ist Europa bei der Sicherheit von den USA, wirtschaftlich von billigen Importen aus China und Energie-politisch immer noch teilweise von Russland abhängig. Wie kann und soll eine unabhängigere gemeinsame Außen- & Sicherheitspolitik der EU aussehen?

Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen im Zentrum des Bemühens stehen, anstatt Exportzahlen europäischer Rüstungskonzerne in die Höhe zu treiben. Das Sicherheitsversprechen der Europäischen Union setzt auf eine humanitäre Außenpolitik, auf Diplomatie und Multilateralismus. In den letzten Jahren erleben wir jedoch eine Schwächung der internationalen Institutionen. Anstatt die Gräben zuzuschütten, wurden neue Gräben gegraben.

Die Aufgabe der Europäischen Union wäre es gewesen, aufkeimende und bestehende Konflikte im Rahmen der internationalen Organisationen wie der UNO und der OSZE zu lösen. Als Europäer:innen ist es unsere Aufgabe, an einer umfassenden Friedenslösung zu arbeiten. Österreich kann hier im Rahmen unserer Neutralität eine besonders aktive Rolle einnehmen

Selbstverständlich heißt militärische Neutralität nicht, neutral zu sein zwischen Demokratie und Diktatur oder zwischen Recht und Barbarei. Die Selbstverteidigung eines souveränen Staates zu unterstützen, geht einher mit unserer aktiven

Außenpolitik.

Frage 4: offene Frage: Abgesehen von diesen drei Themen - was ist deiner Meinung nach die wichtigste europapolitische Forderung?

1. Seit den 1990er Jahren werden Arbeitnehmer:innen in verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt. Sie sind im Wettbewerb gegeneinander um niedrige Löhne und Ausbeutung. Als Semperit-Kind kenne ich die Auswirkungen, die der Standortwettbewerb auf die Arbeitnehmer:innen, deren Familien und ganze Regionen hat. Ich erinnere mich noch gut, wie das war, zu Weihnachten und am Ende des Jahres, rund um den Jahresabschluss der großen Konzerne, wenn wir gezittert haben: Welches Werk wird geschlossen? Wir oder das schwedische? Wir oder das Werk in der Slowakei? Die EU muss die neoliberale Globalisierung und die Effekte, die sie auf das Leben von Menschen und die Natur hat, bändigen. Wir brauchen eine aktive Standortpolitik, die elementare Bereiche unserer Versorgung absichert. Wir brauchen ein Lieferkettengesetz, um der Ausbeutung von Natur und Mensch etwas entgegenzusetzen zu können.
2. Auch auf europäischer Ebene müssen wir um eine Politik, die das Wohl der Vielen ins Zentrum rückt, kämpfen. Das bedeutet: Lohndumping verhindern und soziale Mindeststandards in allen europäischen Ländern sicherstellen, Privatisierungsdruck beenden und die Bereiche der Daseinsvorsorge dem profitgetriebenen Wettbewerb entziehen.
3. Menschenrechte, Frauenrechte und Rechtsstaatlichkeit verteidigen. Die EU ist kein Platz für Autokratie und Willkür. Wirksame Sanktionen und Überprüfung der Grundrechte.